



Ausarbeitung

Armut in Deutschland



Armut in Deutschland

[REDACTED]

Aktenzeichen:

Abschluss der Arbeit:

Fachbereich:

[REDACTED]

[REDACTED]

WD 6 - 3000 - 057/15

8. Mai 2015

WD 6: Arbeit und Soziales

[REDACTED]

Inhaltsverzeichnis

1.	Welche Aussagen lassen sich zu einer tatsächlichen Teilhabe treffen bei Anstieg der relativen Armut?	4
1.1.	Haben statistisch nachweisbar im Berichtszeitraum weniger Menschen kulturelle, sportliche und andere gesellschaftliche Angebote wahrgenommen?	7
1.2.	Wie verhält sich die Entwicklung der realen Kaufkraft der Menschen in sogenannter „relativer Armut“; ist diese gestiegen oder gesunken?	8
2.	Welche Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit der „relativ Armen“ hat das Anwachsen der sogenannten „Reichtumsschere“?	10
3.	Welche konkreten Effekte werden durch das Ansteigen des Median der Gesamteinkommen (und damit die reale Erhöhung der 60-Prozent-Schwelle bei den Einkommen) erzielt?	11
4.	Sind die Menschen in den niedrigen Einkommensstufen durch das Gesamtwachstum insgesamt besser oder schlechter gestellt?	13
5.	Würde sich eine Umverteilung der Bezüge von den Spitzen- zu den Geringverdienern zu Gunsten oder zu Lasten der Armen auswirken (in absoluten, nicht in relativen Zahlen)?	13
6.	Wie entwickelt sich die Zahl der Menschen, die bei einem wachsenden Wohlstandsniveau mit tatsächlich sinkenden Einkommen leben müssen?	14
7.	Wie aussagekräftig sind Berechnungen zur Armut auf der Basis des Nettoäquivalenzeinkommens? Wird wissenschaftlich mittlerweile nicht mehrheitlich für den Einsatz multidimensionaler Armutsmaße plädiert?	16
8.	Anlagenverzeichnis	18
9.	Literatur	18

1. Welche Aussagen lassen sich zu einer tatsächlichen Teilhabe treffen bei Anstieg der relativen Armut?

Armut bemisst sich nicht nur am Einkommen, sondern auch daran, auf welchen Lebensstandard Menschen im Alltag aufgrund ihrer eingeschränkten finanziellen Mittel verzichten müssen. Der Begriff Armut wird in der Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit in der Regel unterschiedlich definiert. Wenn es um Armut in Deutschland geht, dann ist meistens relative Armut gemeint, das bedeutet, Menschen verfügen über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel, dass sie von der Lebensweise, die als Minimum angesehen wird, ausgeschlossen sind.

Die Armutsquoten in der Publikation des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes beruhen nach eigenen Angaben auf dem so genannten Mikrozensus, einer repräsentativen Haushaltsbefragung der amtlichen Statistik in Deutschland. In dem vorliegenden Armutsbericht umfasst der Analysezeitraum Daten zur relativen Einkommensarmut von 2006 bis zum Jahr 2013.

Aussagen zur **tatsächlichen Teilhabe** können ansatzweise unterschiedlichen Studien bzw. statistischen Auswertungen entnommen werden. Vorzugsweise geht es dabei um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen.

Das Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) an der Universität Bochum und die Stadt Mülheim an der Ruhr haben im Auftrag der Bertelsmann Stiftung die Daten von knapp 5.000 Schuleingangsuntersuchungen aus den Jahren 2010 bis 2013 ausgewertet. Die Studie¹ wurde Mitte März 2015 veröffentlicht. Sie weist eine geringere Teilhabe der armutsgefährdeten Kinder an sozialen und kulturellen Angeboten nach. So würden lediglich 12 Prozent dieser Kinder ein Instrument (nicht armutsgefährdet: 29) erlernen. Vor Vollendung des dritten Lebensjahres gehen 31 Prozent der armutsgefährdeten Kinder in eine Kita (nicht armutsgefährdet: 47,6). Und nur 46 Prozent der armutsgefährdeten Kinder sind vor Schuleintritt in einem Sportverein (nicht armutsgefährdet: 77).

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat 2013 ein umfassendes Forschungsvorhaben zur Evaluation der bundesweiten Inanspruchnahme und Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in Auftrag gegeben, das vor drei Jahren in Kraft getreten ist. Das gesamte Forschungsprojekt ist auf einen Zeitraum von drei Jahren (bis 2016) angelegt. Das BMAS hat im April 2014 erste Ergebnisse aus dem Zwischenbericht veröffentlicht:²

- „1. Die Förderung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket wird dem Ziel, Teilhabedefiziten entgegenzuwirken, gerecht - wenn auch noch nicht (Stand 2012) in vollem Maße. Es gibt

1 Groos/Jehles (2015), die Studie „Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern - Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung“ ist abrufbar unter: <http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/der-einfluss-von-armut-auf-die-entwicklung-von-kindern/>.

2 BMAS (2014), der Zwischenbericht „Evaluation der bundesweiten Inanspruchnahme und Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe“ ist abrufbar unter dem folgenden Link: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Thema-Arbeitsmarkt/2014-04-08-zwischenbericht-bildungspaket.pdf?jsessionid=E0CD08AA90C8D04EE92A831B74D5FCF1?_blob=publicationFile.

einen starken Zusammenhang zwischen Kenntnis des Bildungspaketes und der Antragstellung bzw. Nutzung.

- 2. Erstmals werden "Teilhabledifferenzen" zwischen Leistungsberechtigten und Nicht-Leistungsbeziehern ausgewiesen. So scheint das gemeinsamen Mittagessen von zunächst 13,2 Prozent mehr leistungsberechtigten Kinder und Jugendlichen in Anspruch genommen zu werden als von Nicht-Leistungsberechtigten. Dagegen scheinen 30,7 Prozent weniger Leistungsberechtigte an Aktivitäten in Vereinen, Musikschulen etc. teilzunehmen als Nicht-Leistungsberechtigte. Diese Zahlen werden unter Herausrechnung von haushaltsbezogenen, individuellen und regionalen Merkmalen sowie Kontrolle weiterer Einflussfaktoren weiter differenziert. Im Ergebnis ist beim gemeinsamen Mittagessen keine statistische Signifikanz mehr gegeben und die Differenz bei der sozialen und kulturellen Teilhabe sinkt auf 13,8 Prozent.
- 3. Da es sich um die erste Welle der Befragungen handelt, gibt es keine Vergleichsdaten vor Einführung des Bildungspaketes. Es lassen sich deshalb keine Aussagen dazu treffen, ob sich die "Teilhabledifferenz" nicht sogar bereits vermindert hat. Die Erhebung wurde bereits ein Jahr nach Inkrafttreten des Bildungs- und Teilhabepaketes durchgeführt. Es war daher nicht zu erwarten, dass Leistungsberechtigte hier - gerade im Bereich der sozialen und kulturellen Förderung - schon gleichauf mit ökonomisch besser gestellten Nicht-Leistungsberechtigten liegen würden.
- 4. Auch zeigt sich, dass die Teilnahme an Aktivitäten nicht vorrangig eine Frage des Geldes ist. Maßgeblich entscheiden familiäre Einflüsse über Art und Ausmaß der sozialen und kulturellen Teilhabe, die nicht allein vom Bildungspaket ausgeglichen werden können. Die Ergebnisse deuten eher darauf hin, dass Bildungsstand und "Bildungskapital" der Eltern Auswirkungen auf das Interesse und die praktische Teilhabe an Bildungs- und Freizeitangeboten haben.“

Eine weitere statistische Größe, die eine Teilhabe erkennen lässt, ist die Quote der materiellen Deprivation. Sie ist ein Indikator der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen „EU-SILC“³. Eurostat, das Statistik-Portal der Europäischen Kommission, hat die Quote der materiellen Deprivation folgendermaßen definiert:

„Die Quote der materiellen Deprivation ist ein Indikator der EU-SILC, der die Unfähigkeit ausdrückt, sich verschiedene Ausgaben leisten zu können, die von den meisten Menschen als für eine angemessene Lebensführung wünschenswert oder gar notwendig angesehen werden. Bei

3 LEBEN IN EUROPA ist die Bezeichnung der deutschen Befragung im Rahmen der europaweit durchgeführten Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Themen der Befragung sind neben den verschiedenen Bestandteilen des Einkommens weitere wichtige Lebensbereiche wie etwa die Wohnsituation oder die Gesundheit. EU-SILC ist die Standarddatenquelle für die Messung von Armut und Lebensbedingungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Rechtsgrundlage der Erhebung ist die Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz. EU-SILC wird seit 2005 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie in Norwegen und Island durchgeführt. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten, werden EU-weit die gleichen Merkmale erhoben. Für die Erhebungsmethoden gelten verbindliche Mindeststandards. Die Befragung wurde insbesondere auf die Berechnung vergleichbarer Indikatoren für die soziale Eingliederung (sogenannte Laeken-Indikatoren) zugeschnitten und ist damit eine wichtige Basis für die Europäische Sozialpolitik. Quelle: Statistisches Bundesamt

diesem Indikator wird unterschieden zwischen Personen, die sich bestimmte Waren oder Dienstleistungen nicht leisten können, und Personen, die diese Waren oder Dienstleistungen aus einem anderen Grund nicht besitzen – etwa weil sie sie bewusst nicht wollen oder nicht benötigen.

Mit diesem vom Ausschuss für Sozialschutz festgelegten Indikator wird der prozentuale Anteil der Bevölkerung gemessen, der für mindestens drei der neun folgenden Ausgaben nicht aufkommen kann:

1. Hypotheken- oder Mietschulden oder Rechnungen für Versorgungsleistungen;
2. angemessene Beheizung der Wohnung;
3. unerwartete Ausgaben;
4. regelmäßige fleisch- oder eiweißhaltige Mahlzeiten;
5. Urlaubsreisen;
6. Fernseher;
7. Kühlschrank;
8. Auto;
9. Telefon.

Die Quote der erheblichen materiellen Deprivation ist definiert als die unfreiwillige Unfähigkeit, für mindestens vier der vorstehend genannten Ausgaben aufkommen zu können.“⁴

[REDACTED]

[REDACTED]

4 Quelle: Eurostat, Glossar, http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Glossary:Material_deprivation/de.

[REDACTED]

Sind mindestens drei der neun festgelegten Deprivationskriterien für einen Haushalt erfüllt, so spricht man von materieller Entbehrung, bei vier oder mehr erfüllten Kriterien von erheblicher materieller Entbehrung.

Die entsprechende Tabelle zur materiellen Deprivation befindet sich hier:

http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_mddd03&lang=de

Zusammenhang zwischen Einkommensarmut und materieller Deprivation

Ferner übermittelte das Statistische Bundesamt folgende Auswertungen sowie eine entsprechende Excel-Tabelle:

Prozent der Einkommensarmen und Nicht-Einkommensarmen, die materiell depriviert sind

- „11,6% der Bevölkerung in Deutschland waren 2013 materiell depriviert (d.h. diese Personen hatten geantwortet, dass aus finanziellen Gründen mindestens drei der neun Kriterien auf sie zutrafen).
- Genau drei Kriterien waren bei 6,1% der Bevölkerung erfüllt; bei 18,1% der armutsgefährdeten Personen und bei 3,8% der nichtarmutsgefährdeten Personen.

Bereiche der materiellen Deprivation

- 70,2% der armutsgefährdeten Personen hatten angegeben, unerwartete Ausgaben in Höhe von mind. 952 Euro (2013) nicht aus eigenen Finanzmitteln bestreiten zu können. Und 58,7% der armutsgefährdeten Personen gaben an, aus finanziellen Gründen jährlich nicht eine Woche Urlaub woanders als zu Hause verbringen zu können.“

Bei den nicht armutsgefährdeten Personen haben lediglich 25,8 % angegeben, unerwartete Ausgaben in bestimmter Höhe aus eigenen Finanzmitteln nicht bestreiten zu können. Lediglich 15,5% können jährlich nicht eine Woche Urlaub woanders als zu Hause verbringen.

Anlage 1

1.1. Haben statistisch nachweisbar im Berichtszeitraum weniger Menschen kulturelle, sportliche und andere gesellschaftliche Angebote wahrgenommen?

Für Kinder und Jugendliche gibt es die unter Frage 1 zur Teilhabe vorliegenden Ergebnisse.

Die Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) liefern statistische Informationen über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte, deren Ausstattung mit Gebrauchsgütern sowie ihre Wohnverhältnisse. Einbezogen werden dabei die Haushalte fast aller sozialen Gruppierungen, so dass die LWR ein repräsentatives Bild der Lebenssituation nahezu der Gesamtbevölkerung in Deutschland zeichnet. Einen Zusammenhang zwischen „Armut und den Ausgaben für Freizeit,

Unterhaltung und Kultur“ können diese Daten nicht liefern. Die Daten hat das Statistische Bundesamt zuletzt für das Jahr 2012 (erschieden am 23. Mai 2014) veröffentlicht.⁶ Danach wurden für Freizeit, Unterhaltung und Kultur im Jahr 2007 229 Euro, in 2009 231 Euro, in 2010 236 Euro, in 2011 244 Euro und im Jahr 2012 245 Euro ausgegeben.

Eine Studie⁷ über den Zugang junger Menschen zur Kultur in der EU kommt unter anderem zu folgendem Ergebnis: „Die nationalen Untersuchungsberichte zeigen in Bezug auf den Zugang zum Kulturleben, dass die größten Hindernisse die folgenden sind: finanzielle Einschränkungen, Gesinnungen (und zwar nicht nur die des Publikums im Allgemeinen, sondern vielmehr von Jugendlichen selbst), geografische Beschränkungen, (Dichotomie zwischen urbanem und ländlichem Umfeld, Mangel an praktischen Zugangsmöglichkeiten, wie Transportmittel), Zeit (zumindest nach Empfinden der Jugendlichen), soziales Umfeld sowie das Angebot selbst, das heißt, dass das Angebot sich nicht immer mit den Bedürfnissen und Notwendigkeiten deckt.“

1.2. Wie verhält sich die Entwicklung der realen Kaufkraft der Menschen in sogenannter „relativer Armut“; ist diese gestiegen oder gesunken?

Die Kaufkraft bezeichnet das verfügbare Einkommen nach Steuern und Sozialabgaben inklusive Transferleistungen. Die Höhe der Ausgaben für Essen, Wohnen, Dienstleistungen, aber auch Energiekosten, private Altersvorsorge und Versicherungen sowie andere Ausgaben, beispielsweise für Urlaub, ihre Mobilität sowie Konsumwünsche ist davon abhängig.

Die nachstehende Grafik des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigt die regionale Armut nach Kaufkraft.

„Im Gegensatz zur üblichen Armutsquote zeigt die preisbereinigte Quote ein starkes Gefälle zwischen Land und Stadt. Demnach sind in ländlichen Regionen durchschnittlich nur 14 Prozent der Bevölkerung kaufkraftarm, in Städten dagegen 22 Prozent. Köln hält mit mehr als 26 Prozent die rote Laterne vor Dortmund und dem Westteil Berlins. Selbst wirtschaftsstarke Städte sind betroffen – Frankfurt/Main und Düsseldorf zum Beispiel haben rund 23 Prozent kaufkraftarme Einwohner. Hinzu kommt:

Von 2006 bis 2012 sind die an der Kaufkraft gemessenen Armutsquoten in den Städten um 2,5 Prozentpunkte gestiegen – in den ländlichen Regionen sind sie nahezu stabil geblieben.

Was alle Regionen eint, ist der Kreis der Betroffenen: Kaufkraftarm sind deutschlandweit knapp die Hälfte der Personen, die in einem Haushalt mit mindestens einem Arbeitslosen leben, knapp ein Drittel der Alleinerziehenden sowie jeweils rund ein Viertel der Alleinstehenden und der Personen mit Migrationshintergrund. Dieses Schema erklärt auch den Großteil des Land-Stadt-

6 Statistisches Bundesamt (2012), Seite 13.

7 Die Studie ist abrufbar unter: http://ec.europa.eu/youth/policy/youth_strategy/documents/study-on-youth-access-to-culture-full-report_en.pdf.

Gefälles. Denn die Gruppen mit erhöhtem Armutsrisiko machen in den Städten fast zwei Drittel der Bevölkerung aus, auf dem Land aber weniger als die Hälfte.“⁸

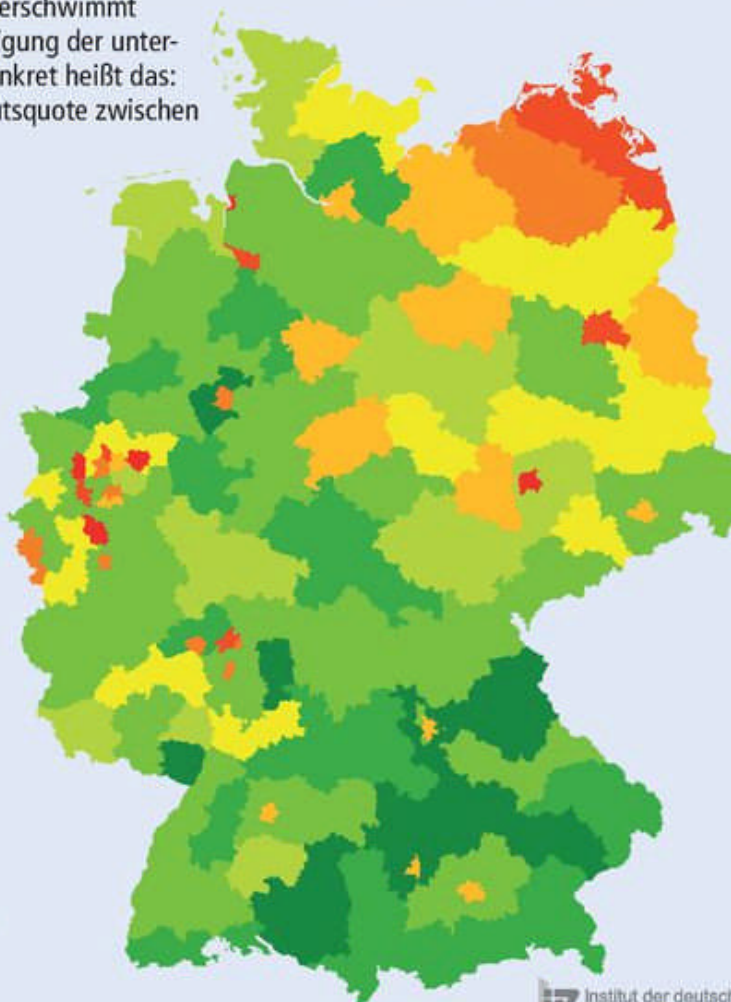
Regionale Armut nach Kaufkraft

Berücksichtigt man bei der Armutsschwelle die unterschiedlichen Preise, passt also den Schwellenwert an das Preisniveau in den einzelnen Regionen an, dann verändert sich die Armutsverteilung in Deutschland gravierend. Gibt es bei der relativen Einkommensarmut noch eine klare Grenze zwischen Westdeutschland und den neuen Ländern mit ihren auffallend hohen Einkommensarmutsquoten, verschwimmt diese Grenze bei Berücksichtigung der unterschiedlichen Preisniveaus. Konkret heißt das: Die Unterschiede in der Armutsquote zwischen

Ost und West halbieren sich von 6 auf 3 Prozentpunkte. Besonders hohe Quoten von mehr als 20 Prozent gibt es in Ostdeutschland – neben Berlin und Leipzig – nur noch in Mecklenburg-Vorpommern. Dafür zählen aus der Kaufkraft-Perspektive mehr westdeutsche Regionen zu den Verlierern. Das liegt an der oft schwachen Kaufkraft in den Städten.

So viel Prozent der Bevölkerung in diesen Regionen erreichen maximal 60 Prozent der mittleren Kaufkraft

- $\geq 0,0 - < 10,0$
- $\geq 10,0 - < 12,0$
- $\geq 12,0 - < 14,0$
- $\geq 14,0 - < 16,0$
- $\geq 16,0 - < 18,0$
- $\geq 18,0 - < 20,0$
- $\geq 20,0 - < 22,0$
- $\geq 22,0 - < 24,0$
- $\geq 24,0 - < 30,0$



Ursprungsdaten: Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2012, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien | Iwd 35

8 Textquelle und Grafik: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, <http://www.iwkoeln.de/de/infodienste/iwd/archiv/beitrag/regionale-armut-die-kraft-der-einkommen-179310>.

2. Welche Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit der „relativ Armen“ hat das Anwachsen der sogenannten „Reichtumsschere“?

Im Gegensatz zur Armutsgrenze existiert keine EU-Konvention im Bereich des Reichtums.

In der öffentlichen Debatte der letzten Jahre wurde oft das Bild einer sich öffnenden Schere zwischen Arm und Reich verwendet. Damit wird der Eindruck beschrieben, dass die Verteilung der Einkommen in der Gesellschaft ungleicher wird.

Daten zu Fragen über Einkommen, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Gesundheit liefert das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), eine repräsentative Wiederholungsbefragung, die bereits seit 30 Jahren läuft. Im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) werden zurzeit jedes Jahr in Deutschland etwa 25.000 Befragte in fast 15.000 Haushalten von TNS Infratest Sozialforschung befragt. Weil jedes Jahr die gleichen Personen befragt werden, können langfristige soziale und gesellschaftliche Trends besonders gut verfolgt werden.

Der Anteil der kleinen Gruppe der sehr Reichen „an der Gesamtbevölkerung hat sich zwischen 1991 und 2011 mehr als verdoppelt und ihr bedarfsgewichtetes Medianeinkommen hat um 20 % zugenommen. (...) Haushaltsbefragungen wie das SOEP geraten in diesem Einkommensbereich aus mehreren Gründen an ihre Grenzen. Erstens beteiligen sich Leute mit hohem Einkommen vergleichsweise selten an einer solchen freiwilligen Befragung. Zweitens ist der Bevölkerungsanteil der Menschen mit einem sehr hohen Einkommen so klein, dass die Haushaltsbefragungen bereits recht groß sein müssen, um repräsentative Aussagen zu ermöglichen. Dadurch kommt es im Ergebnis zu einer systematischen Untererfassung von Einkommensreichtum. Nun wird unter Reichtum in der öffentlichen Debatte nicht der Einkommensreichtum in seiner wissenschaftlichen Definition, sondern außerordentlicher Vermögensreichtum verstanden. In der Tat sind es auch gerade die Vermögen, welche besonders ungleich verteilt sind.“

Das DIW Berlin hat im Rahmen eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsvorhabens die Vermögensverteilung in Deutschland analysiert und kommt zu folgenden Ergebnissen:⁹

„Nach aktuellen Analysen auf der Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) belief sich das Nettovermögen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2012 auf 6,3 Billionen Euro. Knapp 28 Prozent der erwachsenen Bevölkerung verfügten über kein oder sogar ein negatives Vermögen. Im Durchschnitt lag das individuelle Nettovermögen 2012 bei gut 83 000 Euro, es war damit nur wenig höher als zehn Jahre zuvor. Kaum verändert hat sich auch der Grad der Vermögensungleichheit. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,78 weist Deutschland im internationalen Vergleich ein hohes Maß an Vermögensungleichheit auf, und innerhalb des Landes besteht fast 25 Jahre nach der Vereinigung noch immer ein starkes Gefälle zwischen West- und Ostdeutschland. Das durchschnittliche Nettovermögen der Ostdeutschen war 2012 um mehr als die Hälfte niedriger als das der Westdeutschen.“

9 Vermögen in Deutschland – Status-quo-Analysen und Perspektiven (Projektnummer: S-2012-610-4. Das Projekt wird vom DIW Berlin und der Hertie School of Governance durchgeführt; Projektleitung Markus M. Grabka).

„Ein Standardmaß zur Messung von Vermögensungleichheit ist der Gini-Koeffizient. Je höher der Wert ist, desto stärker ausgeprägt ist die gemessene Ungleichheit. Für 2012 ergibt sich ein Koeffizient von 0,78. Innerhalb der Eurozone weist Deutschland damit vor Österreich die höchste Vermögensungleichheit auf. So liegt der Gini-Koeffizient für Frankreich bei 0,68, für Italien bei 0,61 und für die Slowakei bei 0,45.¹³ Höher als in Deutschland ist die Vermögensungleichheit in den USA (Gini-Koeffizient 0,87 für das Jahr 2010).

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss beachtet werden, dass eine bevölkerungsrepräsentative Stichprobe wie das SOEP den Bereich sehr hoher Vermögen tendenziell untererfasst und damit das Ausmaß an Vermögensungleichheit unterschätzt. Es kann vermutet werden, dass es in den vergangenen zehn Jahren zu einem Anstieg der Vermögensungleichheit gekommen ist, da nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Vergleich zu den Arbeitnehmerentgelten überdurchschnittlich gestiegen sind.

Zwischen 2007 und 2012 sind die individuellen Nettovermögen in Deutschland im Durchschnitt nach Angaben des SOEP nicht signifikant gestiegen. Die Vermögensungleichheit verbleibt mit einem Gini-Koeffizienten von 0,78 im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau.

Relativ wenig Vermögen besitzen Nichterwerbstätige und Arbeitslose. Bei Letzteren war es mit durchschnittlich 18 000 Euro – abgesehen von den Auszubildenden – mit Abstand am geringsten. Zudem ist das Vermögen der Arbeitslosen im Zeitverlauf deutlich gesunken; im Jahr 2002 hatte es noch bei über 30 000 Euro gelegen. Der Anteil von Personen mit einem Vermögen von kleiner oder gleich null war 2012 bei den Arbeitslosen mit 65 Prozent am höchsten.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der privaten Absicherung für die Altersvorsorge ist die signifikante Zunahme der Zahl von Personen mit negativem Nettovermögen als problematisch anzusehen. Andererseits hat der Anteil der Personen, die private Versicherungen halten, seit 2002 signifikant zugenommen. Dies ist vermutlich auch auf die sogenannten Riesterverträge zurückzuführen.

Der durchschnittliche Vermögenswert von privaten Versicherungen (einschließlich Bausparverträgen) belief sich 2012 aber nur auf knapp 19 000 Euro. Ob damit die Lücken in der Absicherung durch die Gesetzliche Rentenversicherung geschlossen werden können, bleibt fraglich. Das Nettovermögen ist in Ostdeutschland weiterhin deutlich niedriger als im Westteil des Landes. Dem vor allem bei Rentenanzugängen ansteigenden Risiko der Altersarmut²⁶ können insbesondere Ostdeutsche mit ihrem privaten Vermögen kaum begegnen.“¹⁰

3. Welche konkreten Effekte werden durch das Ansteigen des Median der Gesamteinkommen (und damit die reale Erhöhung der 60-Prozent-Schwelle bei den Einkommen) erzielt?

„Nach den Ergebnissen von LEBEN IN EUROPA 2012 lag der Median des Nettoäquivalenzeinkommens in Deutschland im Jahr 2011 bei 1633 Euro je Monat. Daraus ergab sich der Schwellenwert für Armutsgefährdung in Höhe von 980 Euro je Monat für eine alleinstehende Person. In der Regel treten jährliche Lohn- und Gehaltszuwächse auf. Sie lassen das Einkommensniveau der Ge-

10 Grabka/Westermeier (2014).

samtbevölkerung von Jahr zu Jahr weiter ansteigen, sodass auch der Schwellenwert für Armutsgefährdung, der einen vom Einkommensniveau abhängigen Prozentanteil darstellt (60% des Median), von Jahr zu Jahr weiter ansteigt. Wie die Tabelle zeigt, hat sich der Schwellenwert für eine alleinstehende Person in Deutschland innerhalb der letzten vier Jahre um 64 Euro erhöht (2007: 916 Euro monatlich). Das entspricht einem Anstieg von 7%.

Median des Nettoäquivalenzeinkommens und Schwellenwert für Armutsgefährdung in Deutschland (in EUR je Monat)

	Median des Nettoäquivalenzeinkommens ¹ und Schwellenwert für Armutsgefährdung in Deutschland	Schwellenwert für Armutsgefährdung ²	
		alleinstehende Person	Zwei Erwachsene mit zwei Kindern ³ unter 14 Jahren
2007	1526	916	1923
2008	1549	929	1952
2009	1566	940	1974
2010	1587	952	2000
2011	1633	980	2058

Ergebnisse der Erhebung LEBEN IN EUROPA/EU-SILC.

1 Äquivalenzgewichtung nach der modifizierten OECD-Skala.

2 60 % des Median des Nettoäquivalenzeinkommens der Bevölkerung.

3 Kinder unter 18 Jahren sowie Kinder zwischen 18 und 24 Jahren, sofern sie nicht erwerbstätig sind und mit mindestens einem Elternteil zusammenleben.¹¹

An dieser Stelle soll auf die Sichtweise der Caritas hingewiesen werden.¹² Professor Cremer, Generalsekretär des Deutschen Caritasverbandes e. V., kritisiert in seinem Aufsatz die 60-Prozentschwelle: „Irreführend ist die Gleichsetzung von Armutsrisiko und Armut auch deswegen, weil sie die soziale Lage der Menschen unberücksichtigt lässt. So gibt es Menschen, die einige Zeit

11 Statistisches Bundesamt (2013).

12 Cremer, Georg, Die tief zerklüftete Republik, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.04.2015.

lang von einem verfügbaren Einkommen unterhalb der 60-Prozent-Schwelle leben und damit keine ernsthaften sozialen Probleme haben. Ein Beispiel: Die Armutsrisikoschwelle beträgt nach dem Mikrozensus 2013 für einen Alleinstehenden 892 Euro. Somit sind praktisch alle Auszubildenden und Studierenden, die in einem eigenen Haushalt leben, per Definition "einkommensarm", auch Studierende beispielsweise, die mit elterlicher Unterstützung von 750 Euro sorgenfrei studieren können.“

4. Sind die Menschen in den niedrigen Einkommensstufen durch das Gesamtwachstum insgesamt besser oder schlechter gestellt?

Nach dem OECD-Wirtschaftsbericht für Deutschland 2014 würden insbesondere Personen in nichtregulären Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitslose und Geringqualifizierte nicht am Wachstum teilhaben. Es wird empfohlen, das Wirtschaftswachstum sozial inklusiver zu gestalten.

„Frühere Arbeitsmarktreformen haben sich zwar im Hinblick auf die Beschäftigung bewährt, das relative Armutsrisiko und die Einkommensungleichheit sind in den letzten Jahren aber weitgehend unverändert geblieben. Einige soziale Gruppen sind nach wie vor besonders gefährdet, darunter Personen in nichtregulären Beschäftigungsverhältnissen, Arbeitslose und Geringqualifizierte. Im Falle einer Erwerbstätigkeit sind ihre Beschäftigungsverhältnisse in der Regel unständig und ihre Löhne und Einkommensmobilität niedrig. Weitere Anstrengungen sind erforderlich, um für ein inklusives Wirtschaftswachstum zu sorgen, so dass die sozial schwächsten Gruppen an diesem Wachstum sowohl stärker teilhaben als auch dazu einen größeren Beitrag leisten und die Kluft zwischen Arm und Reich im Hinblick auf Einkommen und Lebensqualität abnimmt. Zu diesen Anstrengungen sollten gehören: die Verbesserung der Arbeitsmarktergebnisse der sozial Schwächsten und die Steigerung der Aufwärtsmobilität der Einkommen unter benachteiligten Personen, die Stärkung der Kompetenzen am unteren Ende der Kompetenzverteilung sowie die Überarbeitung des Steuer- und Transfersystems, um die Anreize zu erhöhen, eine effiziente und zielgerichtete Umverteilung zu gewährleisten und die Kranken- und Rentenversicherung stärker inklusiv zu gestalten.“¹³

5. Würde sich eine Umverteilung der Bezüge von den Spitzen- zu den Geringverdienern zu Gunsten oder zu Lasten der Armen auswirken (in absoluten, nicht in relativen Zahlen)?

Es liegen keine absoluten Zahlen vor. „Steuern und monetäre Transferleistungen spielen bei der Verringerung der Markteinkommensungleichheit und des relativen Armutsrisikos jedoch eine größere Rolle als in den meisten anderen Ländern. Neusten Daten zufolge verringert das deutsche Steuer- und Transfersystem die Ungleichheit innerhalb der Bevölkerung im Erwerbsalter um fast 30%.“¹⁴

Von sozialpolitisch großer Bedeutung ist auch die Einkommensmobilität im zeitlichen Verlauf, das heißt der Auf- oder Abstieg einzelner Personengruppen in der Einkommenshierarchie. „Denn

13 OECD (2014), Kapitel 3.

14 OECD (2014), Kapitel 3.

von nicht minder großer Bedeutung ist die Frage, ob die Niedrigeinkommensbezieher nur kurzfristige Armutsrisikoerfahrungen machen oder länger im Niedrigeinkommensbereich verbleiben. Zur Beantwortung solcher Fragen werden häufig sogenannte Mobilitätsmatrizen verwendet, mithilfe derer sich die relative Einkommensposition zu Beginn eines Vierjahreszeitraums mit der Einkommensposition am Ende des Zeitraums vergleichen lässt. Die relative Positionierung in der Einkommenshierarchie wird hier in sieben Gruppen unterschieden.¹⁵

Erkennbar ist, dass die Mobilität an den Rändern der Einkommensverteilung Mitte der 90er Jahre höher war als in den 2000er Jahren. So befanden sich 44 Prozent der im Jahr 1994 einkommensarmen Personen (weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens) im Jahr 1997 noch in der gleichen Position. Im Zeitraum von 2008 bis 2011 ist der entsprechende Anteil auf 54 Prozent gestiegen. Auch am oberen Rand der Einkommenshierarchie nahm die Mobilität ab: Personen mit einem Einkommen von 200 Prozent und mehr des Median verblieben zwischen 1994 und 1997 nur zu 59 Prozent in ihrer Einkommensklasse, seit 2004 trifft dies bereits auf 65 Prozent zu.

Insgesamt entwickelte sich die Wahrscheinlichkeit, am Ende eines Vierjahreszeitraums zur gleichen Einkommensgruppe zu gehören wie zu Beginn, bei von Armut bedrohten Personen in den 90er Jahren zunächst nahezu konstant. Um die Jahrtausendwende stieg sie jedoch sprunghaft an und liegt seitdem bei rund 55 bis 60 Prozent. Bei den Personen der höchsten Einkommensgruppe verläuft die Entwicklung gleichmäßiger; hier nahm die Verharrungsquote auf zuletzt 65 Prozent zu.

Zwischen den mittleren Einkommensgruppen ist die Mobilität insgesamt deutlich ausgeprägter, da Bewegungen in beide Richtungen möglich sind.

Der Befund abnehmender Einkommensmobilität bestätigt sich sowohl bei einer größeren Zahl von Einkommensklassen als auch bei der Berücksichtigung anderer Mobilitätsmaße. Die Ursachen und Mechanismen konnten bislang kaum erforscht werden. Es liegen lediglich Hinweise vor, dass steigende (Lohn-)Ungleichheit mit dem Trend geringerer (Lohn-)Mobilität einhergeht.¹⁶

6. Wie entwickelt sich die Zahl der Menschen, die bei einem wachsenden Wohlstandsniveau mit tatsächlich sinkenden Einkommen leben müssen?

„Fast jede sechste Person war nach den Ergebnissen der Erhebung LEBEN IN EUROPA (EU-SILC) 2013 in Deutschland armutsgefährdet – das entsprach 16,1 % der Bevölkerung oder rund 13 Millionen Menschen. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, blieb damit der Anteil der

15 Die erste Gruppe repräsentiert die Personen in relativer Einkommensarmut (weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens). Die zweite und dritte Gruppe umfasst Personen unterhalb des mittleren Einkommens (60 bis weniger als 80 Prozent beziehungsweise 80 bis weniger als 100 Prozent des Median). Die obere Hälfte der Einkommenshierarchie wird in vier Gruppen unterteilt (100 bis weniger als 120 Prozent, 120 bis weniger als 150 Prozent, 150 bis weniger als 200 Prozent und 200 Prozent oder mehr des Median). Veränderungen der relativen Einkommensposition innerhalb des betrachteten Zeitraums werden hier vernachlässigt, das heißt, es wird jeweils nur die Einkommensposition des Startjahres mit der des Zieljahres verglichen.

16 Grabka/Goebel (2013).

armutsgefährdeten Personen in der Bevölkerung vom Berichtsjahr 2012 auf das Berichtsjahr 2013 unverändert.

Grundlage für die Einkommensmessung in einem Berichtsjahr ist das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen (nach Steuern und Sozialabgaben) des Vorjahres. Um eine einheitliche Darstellung mit der europäischen Sozialberichterstattung zu gewährleisten, wird die Armutsgefährdungsquote ab sofort auf das Berichtsjahr bezogen.

Eine Person gilt nach der EU-Definition für EU-SILC als armutsgefährdet, wenn sie über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt (Schwellenwert für Armutsgefährdung). 2013 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 979 Euro im Monat (11 749 Euro im Jahr) und damit ähnlich hoch wie im Berichtsjahr 2012 (980 Euro im Monat). Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren lag der Schwellenwert im Berichtsjahr 2013 bei 2 056 Euro im Monat.

Frauen trugen – wie bereits in den Jahren zuvor – ein höheres Armutsgefährdungsrisiko als Männer. Dies gilt ausnahmslos für alle Altersgruppen. So lag die Quote der armutsgefährdeten Personen bei den Frauen unter 18 Jahren mit 15,4 % zwar unter dem Bundesdurchschnitt, jedoch höher als das Armutsrisiko für die gleichaltrige männliche Bevölkerung (14,2 %). Ähnlich hohe Unterschiede zwischen den beiden Geschlechtern ergaben sich in der Altersklasse zwischen 18 und 64 Jahren (Frauen: 17,7 %, Männer: 16,0 %). Bei den Frauen ab 65 Jahren fiel das Armutsgefährdungsrisiko im Jahr 2013 mit 17,0 % deutlich höher aus als bei den Männern derselben Altersklasse mit 12,7 %.

Untergliedert nach Haushaltstypen haben Personen aus Alleinerziehendenhaushalten sowie Alleinlebende ein Armutsgefährdungsrisiko, das über dem Bundesdurchschnitt liegt. Im Jahr 2013 waren mehr als ein Drittel der Personen (35,2 %) aus Alleinerziehendenhaushalten armutsgefährdet. Bei den Alleinlebenden betrug der Anteil der armutsgefährdeten Personen 31,9 %. Bei Personen aus Haushalten mit zwei Erwachsenen und Kindern war das Armutsgefährdungsrisiko im Jahr 2013 dagegen eher unterdurchschnittlich: Beispielsweise lagen die Quoten für zwei Erwachsene mit einem Kind bei 11,1 % und mit zwei Kindern bei 8,5 %.

Differenziert nach dem überwiegenden Erwerbsstatus im Referenzjahr waren im Berichtsjahr 2013 mit 69,3 % weit mehr als zwei Drittel der Arbeitslosen ab 18 Jahren armutsgefährdet. Bei den überwiegend Erwerbstätigen ab 18 Jahren betrug der Anteil dagegen nur 8,6 %.¹⁷

Menschen mit Migrationshintergrund sind überdurchschnittlich häufig armutsgefährdet. Das Statistische Bundesamt hat dem Wissenschaftlichen Dienst einen Auszug aus der Fachserie 1 Reihe 2.2 "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund" übermittelt. „Tabelle 14 enthält Informationen zum Anteil der armutsgefährdeten Menschen in Deutschland. Je nach sozioökonomischen Merkmalen variiert die sog. Armutsgefährdungsquote sehr stark. Beispielsweise sind 17,2% der Personen mit Hauptschulabschluss armutsgefährdet, aber „nur“ 11,1% der Personen mit Abitur. Bei Migranten sind mit 19,2% fast doppelt so viele Personen mit Abitur armutsgefährdet. Als armutsgefährdet gelten in Deutschland jene Menschen, deren verfügbares Einkommen weniger als 60% des Durchschnittseinkommens beträgt – Bezugsgröße ist hier

der Bundesmedian. Das gesamte verfügbare Einkommen der Lebensform wird dabei unter Berücksichtigung von Skaleneffekten anteilig auf die Mitglieder der Lebensform bezogen. Die erste Person in der Lebensform geht mit dem Gewicht 1,0, Kinder unter 14 Jahren mit dem Gewicht 0,3 und weitere Erwachsene (Alter über 14) mit dem Gewicht 0,5 ein. Diese Gewichte bedeuten, dass die wirtschaftliche Situation eines Alleinstehenden, die einer Alleinerziehenden mit einem Kind unter 14 Jahren und die eines Ehepaares mit zwei Kindern unter 14 Jahren als gleichwertig gelten, wenn der Alleinstehende über 1000 Euro, die Alleinerziehende über 1 300 Euro und das Ehepaar über 2 100 Euro monatlich als Einkommen verfügen. Das Durchschnittseinkommen wird als Median berechnet. Die Einkommensangaben aus dem Mikrozensus sind hinsichtlich ihrer Höhe und ihrer Vollständigkeit allerdings nur eingeschränkt aussagekräftig.

Tabelle 14 berücksichtigt nur die Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz mit gültigen Einkommensangaben. Personen in Gemeinschaftsunterkünften bleiben aus der Berechnung ausgeschlossen, da sie nicht für sich wirtschaften bzw. oftmals nicht über ihr Einkommen selbst verfügen.“¹⁸

Anlage 2

Cremer¹⁹ führt auch hierzu aus: Die 60-Prozent-Schwelle dagegen ist abgeleitet von dem Medianeinkommen und ist damit unmittelbar abhängig vom Wohlstandsniveau der Gesellschaft. Mit steigendem Wohlstand steigt auch die Armutsrisikoschwelle. Solange die statistische Verteilung der relativen Einkommen unverändert bleibt, so lange bleibt auch der Anteil der Menschen gleich, deren Einkommen unterhalb dieser Schwelle ist. Unabhängig davon, wie wohlhabend eine Gesellschaft wird, bleibt der Anteil der Armen immer gleich. Dies ist die absurde Konsequenz, wenn eine relative Position in der Einkommensverteilung ohne Federlesens mit Armut gleichgesetzt wird.“

7. Wie aussagekräftig sind Berechnungen zur Armut auf der Basis des Nettoäquivalenzeinkommens? Wird wissenschaftlich mittlerweile nicht mehrheitlich für den Einsatz multidimensionaler Armutsmaße plädiert?

Der beigefügte Beitrag „Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit - Mit innovativer Armutsmessung die Ärmsten erreichen“²⁰ wurde beim Deutschen Studienpreis 2014 mit einem 1. Preis in der Sektion Sozialwissenschaften ausgezeichnet.

Der Beitrag kommt zu dem Schluss, dass insbesondere in Entwicklungsländern derzeit immer häufiger multidimensionale Armutsmaße statt der herkömmlichen einkommensbasierten Armutsmaße eingesetzt werden. „Multidimensionale Armutsmaße rivalisieren zunehmend mit den herkömmlichen einkommensbasierten Armutsmaßen. Dabei sind additive Maße wie zum Beispiel der von den Vereinten Nationen verwendete Multidimensional Poverty Index (MPI) bei politischen Entscheidungsträgern besonders beliebt, da sie sich beliebig nach den Armutsbeiträgen

18 Statistisches Bundesamt, Fachserie 1 Reihe 2.2 "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund".

19 Siehe Fußnote 13.

20 Rippin, Nicole (2014).

der einzelnen Dimensionen zerlegen lassen. Durch diese spezielle Eigenschaft ist es möglich festzustellen, wie viel Prozent der Armut insgesamt auf welche Dimension zurückzuführen ist. Damit wird politischen Entscheidungsträgern die Entscheidung ermöglicht, ob beispielsweise vorrangig in das Bildungswesen, das Gesundheitswesen oder in eine andere Armutsdimension investiert werden sollte. Die Dissertation zeigt, dass diese additiven Maße allerdings eine fatale Schwäche haben: Sie sind nicht in der Lage, den Grundgedanken von Verteilungsgerechtigkeit und Effizienz Rechnung zu tragen.“

Anlage 3

8. Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Statistisches Bundesamt, Referat H 304; Veröffentlichung, Analysen, Öffentlichkeitsarbeit, Internationale Kontakte.
- Anlage 2: Statistisches Bundesamt, Auszug aus der Fachserie 1 Reihe 2.2 "Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund", Tabellen 14.
- Anlage 3: Rippin, Nicole (2014) „Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit - Mit innovativer Armutsmessung die Ärmsten er-reichen“. Der Beitrag ist abrufbar unter:
http://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/wissenschaft/studienpreis/preistraeger/2014/erste-preise/rippin/Essay_N-I-Rippin.pdf.

9. Literatur

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014), Zwischenbericht „Evaluation der bundesweiten Inanspruchnahme und Umsetzung der Leistungen für Bildung und Teilhabe“, das Gesamtforschungsvorhaben besteht aus drei (eigenständigen) Teilprojekten: einer qualitativen Implementationsstudie unter Leitung des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen (SOFI), einer Längsschnittbefragung von Leistungsberechtigten und Wohnbevölkerung durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), sowie der Messung des Erfüllungsaufwandes durch das Statistische Bundesamt (StBA), : http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Thema-Arbeitsmarkt/2014-04-08-zwischenbericht-bildungspaket.pdf;jsessionid=E0CD08AA90C8D04EE92A831B74D5FCF1?_blob=publicationFile.

Grabka/Goebel (2013), DIW Wochenbericht 46/2013, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.431412.de/13-46-3.pdf.

Grabka/Westermeier (2014), DIW Wochenbericht 9/2014, Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.438710.de/14-9-1.pdf

Groos/Jehles (2015), Der Einfluss von Armut auf die Entwicklung von Kindern Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung, Schriftenreihe Arbeitspapiere wissenschaftliche Begleitforschung „Kein Kind zurücklassen!“, Band 3, Die Schriftenreihe wird herausgegeben von der Bertelsmann Stiftung und dem Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung (ZEFIR) Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum, http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/03_Werkstattbericht_Einfluss_von_Armut.pdf.

OECD (2014), OECD-Wirtschaftsberichte: Deutschland 2014, OECD Publishing.
http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-deu-2014-7-de.

Rippin, Nicole (2014) „Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit - Mit innovativer Armutsmessung die Ärmsten er-reichen“. Der Beitrag beruht auf der 2013 von der Autorin an der Georg-August-Universität zu Göttingen eingereichten Dissertation »Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit: Mit

innovativer Armutsmessung die Ärmsten erreichen«. http://www.koerber-stiftung.de/fileadmin/user_upload/wissenschaft/studienpreis/preistraeger/2014/erste-preise/rippin/Essay_N-I-Rippin.pdf.

Statistisches Bundesamt (2012), Fachserie 15, Reihe 1, <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/EinkommenKonsumLebensbedingungen/LfdWirtschaftsrechnungen/EinnahmenAusgabenprivaterHaushalte2150100127004.pdf?blob=publicationFile>.

Statistisches Bundesamt (2013), Wirtschaft und Statistik, Dezember 2013; https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/Wirtschaftszeitbudget/ArmutSozialeAusgrenzung_122013.pdf?blob=publicationFile.

Statistisches Bundesamt (2014), Pressemitteilung vom 28. Oktober 2014 – 374/14.

